

# Warum wir den UN-Migrationspakt ernst nehmen sollten

## Die Migrationsentwicklungen erfordern intelligentes und weises Handeln

### Inhalt

1. Informationen zu den Hintergründen des UN-Migrationspaktes	1
2. Inwiefern kann sich der UN-Migrationspakt als hilfreich und zweckmäßig erweisen?	2
3. Die UN-Migrationspakt-Initiative wird in etlichen Staaten missverstanden	4

### 1. Informationen zu den Hintergründen des UN-Migrationspaktes

Viele Menschen neigen dazu, *gewohnheitsmäßig* vorzugehen: Sie glauben, es sei richtig, so zu handeln, wie es auch schon früher üblich gewesen war. Eine solche konservative Grundhaltung berücksichtigt nicht immer hinreichend, dass Leben und Lebendigkeit keinen Stillstand zulassen, sondern mit ständiger Entwicklung einhergehen. Die Unbeständigkeit und die Vergänglichkeit alles Lebendigen erfordern immer wieder Umstellungsbereitschaft, Flexibilität und Aufgeschlossenheit gegenüber noch Unvertrautem und Neuem.

Wir leben in Familien, Regionen, Ländern und Staaten, die sich *grundsätzlich* nicht klar und eindeutig voneinander abgrenzen lassen: Alle Lebewesen sind stets in gewisser Weise voneinander abhängig. In unserem Existenzraum, dem Planeten Erde, ist und war immer alles miteinander verbunden und vernetzt.<sup>1</sup> Doch was das konkret bedeutet, nämlich zum Beispiel, dass sich jedes Vorgehen am Allgemeinwohl orientieren sollte, ist vielen Menschen während der vergangenen Jahrtausende noch zu wenig bewusst geworden. Im Rahmen der üblichen *patriotischen* und *nationalen* Ausrichtungen ihrer Regierungen sowie demensprechender politischer und erzieherischer Propaganda wurden sie mit dieser Verbundenheit zu wenig vertraut gemacht. Um sich errungene Machtpositionen erhalten und ausbauen zu können, verleiteten staatliche Instanzen Bürger immer wieder dazu, reale Gegebenheiten in wahrheitswidrig-verfremdeter, irreführender Weise zu deuten und zu verstehen.<sup>2</sup>

Derartig verfehlte Informiertheit und Bildung wurde erkennbar, als Angela Merkel im Herbst 2015 angesichts einer überraschend großen Anzahl Flüchtender und Asylsuchender betonte: „Wir schaffen das!“ Entgegen dieser optimistischen Einschätzung liegen hier ganz offensichtlich Herausforderungen vor, die weder Deutschland *allein* noch die EU-Mitgliedsstaaten *gemeinsam* zufriedenstellend bewältigen können. Darauf, wie sich mit massiven *kontinentübergreifenden* Herausforderungen solchen Ausmaßes angemessen umgehen lässt, mit *Millionen* Flüchtenden aus Afrika und Asien, hatten sich die politischen Instanzen in Europa noch nicht hinreichend eingestellt. Dazu hatten sie kein vernünftiges Rezept, keine überzeugende Gesetzgebung zur Verfügung. Die juristische Orientierung an den europäischen *Schengen-Regelungen* war unangemessen und unzulänglich. Denn diese waren zugunsten ganz anderer Aufgaben und Ziele entwickelt und verabschiedet worden.

Wer die Verbundenheit allen Lebens aus dem Blick verliert und somit über mangelhaften Sachverstand verfügt, der läuft Gefahr, in einer Weise zu entscheiden und zu handeln, die

<sup>1</sup> Carl Friedrich von Weizsäcker: Die Einheit der Natur. München 1971

Werner Heisenberg: Der Teil und das Ganze. Gespräche im Umkreis der Atomphysik. Piper, München 1969

<sup>2</sup> Thomas Kahl: Subjektivistische Positionen: Egozentrik, Egozentrismus und Ethnozentrismus. In: Thomas Kahl: Die besten Jahre liegen noch vor uns. Die Menschenrechte als Basis weltweiter Gerechtigkeit und friedlicher Zusammenarbeit im Sinne der Vereinten Nationen. Berliner Wissenschafts-Verlag BWV 2017. S. 205-224.

© Thomas Kahl: Warum wir den UN-Migrationspakt ernst nehmen sollten. Die Migrationsentwicklungen erfordern intelligentes und weises Handeln. IMGE-Publikationen FB 2: Rechtswesen 2018 [www.imge.info](http://www.imge.info)

Verheerendes mit sich bringt. Mit solchen Herausforderungen kann nur eine Institution angemessen umgehen, die zur gerechten Regelung *kontinentalübergreifender* Angelegenheiten geschaffen und staatlicherseits legitimiert worden ist. Das sind die Organisationen der Vereinten Nationen. Da sämtliche Regierungen der europäischen Staaten versäumt haben, sich an diese Organisationen zu wenden und deren Knowhow als Unterstützung im Hinblick auf die Regelung der Migrationsbewegungen in Anspruch zu nehmen, sahen sich UN-Organe verpflichtet, *von sich aus* aktiv zu werden, um den inzwischen eingetretenen verheerenden Entwicklungen Einhalt zu gebieten und Schritte zur konstruktiven Bewältigung der Herausforderungen einzuleiten. Dazu wurde der UN-Migrationspakt entworfen, als Vorlage zu einem „Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“.<sup>3</sup> Die Aufgabe und das Ziel dieser UN-Initiative bestehen darin, für alle Menschen und Staaten akzeptable *allgemeine* Grundlagen für den Umgang mit dem weltumspannenden Phänomen der Migration herbeizuführen. Als nützlich auf dem Weg dorthin kann sich eine intensive Beschäftigung mit einer internationalen vertraglichen Vereinbarung – nämlich den Formulierungen zum Pakt – erweisen, die darauf ausgerichtet ist, dass ihr weltweit möglichst alle Bürger und staatlichen Instanzen mit ganzem Herzen und aus voller innerer Überzeugung zustimmen können. Im Hinblick darauf wäre es undiplomatisch gewesen, vorschnell etwas verbindlich und allgemein verpflichtend machen zu wollen. *Deshalb* dürfen die Formulierungen zu diesem Pakt nicht im Sinne einer überstaatlichen Gesetzgebung verstanden und benutzt werden.

## **2. Inwiefern kann sich der UN-Migrationspakt als hilfreich und zweckmäßig erweisen?**

Dass eine derartige Einigungsaufgabe vorliegt und dass eine solche Zustimmung anzustreben ist, kann kein vernünftiger Mensch abstreiten. Doch weil sich diese Aufgabenstellung nicht leicht, schnell und problemlos bewältigen lässt, ist es naheliegend, dass etliche Staatsregierungen wenig Lust verspüren, sich dafür intensiv zu engagieren. Andererseits möchte kaum eine Regierung gegenüber der Weltöffentlichkeit den Eindruck erwecken, nicht zum umfassenden Wohl aller Menschen beitragen zu wollen.

Derartige Problemlagen treten auf dem politischen Parkett ständig auf: Weil zugunsten des *wirklich Guten* zu handeln, als allzu schwierig und aufwändig erscheinen kann, ist es wünschenswert, sich *möglichst einfacher Mittel* zu bedienen. Folglich hatte Albert Einstein eine überzeugende Regel formuliert:

**„Alles sollte so einfach wie möglich gemacht werden, aber nicht einfacher.“**

Den letzten Halbsatz hatte Einstein bewusst an die politischen Führungseliten adressiert.<sup>4</sup> Denn diesen mangelt es allzu häufig an hinlänglichem Willen und Sachverstand, also an den unverzichtbaren Voraussetzungen dafür, allseits befriedigende Problemlösungen zu erstellen. Das führt erfahrungsgemäß dazu, dass etliche Regierungen Verträgen und Pakten zwar offiziell zuzustimmen, jedoch im Hinblick auf deren praktische Umsetzung in sehr eigensinniger Weise verfahren: Vertragliche Vereinbarungen können von allen Vertragspartnern unterschiedlich verstanden, interpretiert und umgesetzt werden. Deshalb gibt es nur recht selten Verträge, die in allseitiger inhaltlicher Übereinstimmung konsequent eingehalten werden. Allzu oft führen Verträge keineswegs zu dem, was ursprünglich beabsichtigt wurde: nämlich zu Einigkeit und einverständlicher Kooperation zwischen den

---

<sup>3</sup> „Was steht im UN-Migrationspakt – und was nicht?“ Der Tagesspiegel 16.11.2018

<https://www.tagesspiegel.de/politik/faktencheck-was-steht-im-un-migrationspakt-und-was-nicht/23628146.html>

<sup>4</sup> Zur Beziehung zwischen Albert Einstein und Georg Picht siehe: Der „Bürger Einstein“ und der Frieden  
“E=mc<sup>2</sup> - Einstein, ein moderner, couragierter Citoyen“ Kurzinformation für die Presse 8.6.2004  
[www.einstein.bits.de/download/buerger-kurz.pdf](http://www.einstein.bits.de/download/buerger-kurz.pdf)

© Thomas Kahl: Warum wir den UN-Migrationspakt ernst nehmen sollten. Die Migrationsentwicklungen erfordern intelligentes und weises Handeln. IMGE-Publikationen FB 2: Rechtswesen 2018 [www.imge.info](http://www.imge.info)

Vertragspartnern. Statt das zu begünstigen, ergibt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit eher dessen Gegenteil: die bisherigen Positionen werden aufgrund des Vertrages nicht revidiert. Sie können trotz einer anscheinend einvernehmlichen Vertragsunterzeichnung eskalieren, bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen.

Mithin kann es *vernünftigerweise* niemals darum gehen, die *formale* Zustimmung zu Verträgen (Pakten) erwirken zu wollen. *Eine vorschnelle Zustimmung offenbart mangelhaftes Problembewusstsein der Bundesregierung bzw. der Mitglieder der Regierungsparteien:* Das *eigentliche* Ziel der Initiative der Vereinten Nationen besteht darin, alle Beteiligten und Betroffenen anhand der Vorlage eines *möglicherweise* konsensfähigen Vertragstextes zu veranlassen, sich gründlich mit der zu bewältigenden Aufgabenstellung zu befassen. Dringend erforderlich ist ein Bewusstseinswandel: Benötigt werden optimale Regelungen (Prinzipien), die *global einheitlich* akzeptiert werden. Solche Regelungen ermöglichen enorme Vereinfachungen im weltweiten Umgehen miteinander und zugleich befriedigende Ergebnisse für alle Beteiligten.<sup>5</sup>

Dazu gehört auch und vor allem, dass die gesamte Bevölkerung in die Erörterungen einbezogen wird. Denn *in Demokratien* sind *die Bürger* souverän: die Regierungsinstanzen sollten sich deshalb als deren Bedienstete und Angestellte verhalten. Doch allzu häufig handeln solche Instanzen stattdessen in raffiniert-verdeckten Formen als ihre Macht missbrauchende diktatorische Herrscher, Bevormunder, Kontrolleure, Unterdrücker, Ausbeuter, Betrüger und Misshandler derjenigen Bürger, die ihnen in allzu blindem Vertrauen in Wahlkabinen ihre Stimme geben.<sup>6</sup>

Der bisherige Umgang der Bundesregierung und anderer Regierungen in Europa mit den aktuellen Migrationsbewegungen lässt noch zu wenig Interesse und Sachverstand im Sinne von Allgemeinwohlorientierung erkennen. Das gilt *vor allem* im Blick auf die *Ursachen* dieser Bewegungen sowie *außerdem* für das konkrete Umgehen mit diesen Bewegungen und mit einzelnen Migranten.<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> Thomas Kahl: Mit den Herausforderungen der Globalisierung konstruktiv umgehen. Eine Initiative zur Unterstützung der globalen Rechtsordnung der Vereinten Nationen.

[www.imge.info/extdownloads/MitDenHerausforderungenDerGlobalisierungKonstruktivUmgehen.pdf](http://www.imge.info/extdownloads/MitDenHerausforderungenDerGlobalisierungKonstruktivUmgehen.pdf)

Thomas Kahl: Initiativen zur Unterstützung der globalen Rechtsordnung der Vereinten Nationen. Vortrag anlässlich der Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) e.V. in Stuttgart am 15. Oktober 2017 <https://youtu.be/0aswL5B2l-w>

Psychologisches Institut IMGE: Seminarangebote zur globalen Ordnung <http://www.globale-ordnung.de>

<sup>6</sup> Um breite öffentliche Zustimmung gewinnen und um Menschen erfolgreich manipulieren zu können, nutzen politische, staatliche und wirtschaftliche Instanzen häufig psychologisch ausgefeilte Trainingsmaßnahmen (Coachings), um sich in möglichst perfekter Weise der sogenannten „*Loveboy-Methode*“ bzw. der damit weitgehend identischen „*Helfersyndrom-Strategie*“ zu bedienen. Siehe hierzu Thomas Kahl: Die *Loveboy-Helfersyndrom-Strategie* in der Politik und Wirtschaft. Ausgefeilte Psychotricks erleichtern den Missbrauch von Vertrauen und Macht.

[www.imge.info/extdownloads/DieLoveboyHelfersyndromStrategie.pdf](http://www.imge.info/extdownloads/DieLoveboyHelfersyndromStrategie.pdf)

Thomas Kahl: Unsere übliche Form von *Demokratie* versagt. Was verhilft zur erfolgreichen Durchführung von Reformen? <http://www.imge.info/extdownloads/UnsereUeblicheFormVonDemokratieVersagt.pdf>

Thomas Kahl: Die Logik optimaler Kooperation (Global Governance). Das Konzept der Vereinten Nationen: Politik und Wirtschaft sorgen für optimale Lebensqualität.

[www.imge.info/extdownloads/DieLogikOptimalerKooperation.pdf](http://www.imge.info/extdownloads/DieLogikOptimalerKooperation.pdf)

<sup>7</sup> Thomas Kahl: Wie vernünftige Politik im global village gelingt. Über ein weltweit einheitliches Demokratie-Konzept kann man Politiker-Versagen erkennen und vermeiden.

[www.imge.info/extdownloads/WieVernuenftigePolitikGelingt.pdf](http://www.imge.info/extdownloads/WieVernuenftigePolitikGelingt.pdf)

### 3. Die UN-Migrationspakt-Initiative wird in etlichen Staaten missverstanden

Eklatante Bildungsdefizite führten in der Bevölkerung Westeuropas zu mangelhafter Vertrautheit mit den Grundlagen und den Handlungsstrategien der Arbeit der Vereinten Nationen.<sup>8</sup> Erkennbar wird das darin, wie in der Öffentlichkeit, insbesondere in den politischen Parteien und den Massenmedien, auf den Ansatz des Migrationspaktes reagiert wird: Es kursieren vielfältige Fantasien, Fehleinschätzungen und Unterstellungen zu dessen Eigenarten und Zielen. Das ergibt sich vor allem aus der Erfahrung, dass seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in diesen Staaten eine Politik der Interessenvertretung und -durchsetzung verfolgt wird, die sich zu wenig um die Bedürfnisse und Probleme weiter Bevölkerungsteile kümmert. Mit zunehmender Konsequenz werden diese ignoriert und missachtet. Zum Leid aller Bürger handeln Abgeordnete und Regierungsmitglieder häufig verfassungswidrig. Auf diesen Missstand hatte 1997 der Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis hingewiesen:

„Verfassungsfragen sind hierzulande [...] – ganz im Gegensatz zu England, Frankreich und Italien – keine Themen, die die „öffentliche Meinung“ interessieren. Da herrscht dumpfe Verdrossenheit, und die Zahl der Journalisten, die mit Kompetenz Verfassungsfragen aufwerfen können, ist klein. Die einschlägigen Wissenschaften tragen das Grundgesetz wie eine Monstranz vor sich her. [...] Die parlamentarische Demokratie, mit ihrer Mitte in einem lebendigen Parlament, ist durch die Machterwerbs- und Machterhaltungsinstitutionen des Parteienstaates überwuchert und verschlissen worden.“<sup>9</sup>

Anstatt sich *gemäß den Anforderungen demokratischer Verfassungstexte* in *unparteiischer Weise* für das Allgemeinwohl einzusetzen, werden von den dortigen politischen Instanzen bestimmte Bevölkerungsgruppen gezielt privilegiert und andere benachteiligt. Derartige *Klientelpolitik* widerspricht Artikel 3 des Grundgesetzes sowie Artikel 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen<sup>10</sup>: Weite Teile der Bevölkerung haben nur geringe Chancen, mit ihren Sorgen und Nöten von den Parlamentariern wahr- und ernstgenommen zu werden. Folglich entstanden hier immer wieder alternative politische Bewegungen, etwa in der Form einer Außerparlamentarischen Opposition (APO) oder von Parteien wie der AfD, die teilweise zu Recht und teilweise zu Unrecht als *undemokratisch, populistisch, anarchistisch, verfassungswidrig* etc. angesehen und bezeichnet, auch diffamiert und bekämpft werden. *Inwiefern* das berechtigt bzw. unberechtigt ist, wird zu wenig *sachlich* und *differenzierend* geklärt. Maßgeblich beruht das darauf, dass *in rechtlicher Hinsicht* nicht konsequent für Eindeutigkeit, Klarheit und Sicherheit gesorgt worden ist. Denn *Rechtskunde* sowie deren Teilgebiete *Rechtsstaatlichkeit* und *Innere Sicherheit* gehören in diesen Staaten nicht zu den Pflichthauptfächern in den allgemeinbildenden Einrichtungen. Indem „das Volk“ bewusst weitgehend im Unklaren gelassen wird zu dem, was *konkret* Recht ist und was Unrecht, indem Richter und Politiker diesbezüglich für sich „Immunität“ sowie einen

---

<sup>8</sup> Die Grundlagen und Handlungsstrategien der UN-Arbeit erläutert Thomas Kahl: Der Schutz des Lebens auf der Erde. Die *freiheitlich-demokratische* globale Rechtsordnung verhilft zu weltweiter Gerechtigkeit und friedlicher Zusammenarbeit. [www.imge.info/extdownloads/DerSchutzDesLebensAufDerErde.pdf](http://www.imge.info/extdownloads/DerSchutzDesLebensAufDerErde.pdf)

<sup>9</sup> Wilhelm Hennis: Deutschland ist mehr als ein Standort. Parteienherrschaft, Bürokratisierung, Missbrauch des Föderalismus: Der politische Stillstand hat nicht nur ökonomische Ursachen. In: DIE ZEIT Nr. 50, 5.12.1997, S. 6-7. [https://www.zeit.de/1997/50/Deutschland\\_ist\\_mehr\\_als\\_ein\\_Standort](https://www.zeit.de/1997/50/Deutschland_ist_mehr_als_ein_Standort)

<sup>10</sup> „Jeder hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand. Des weiteren darf kein Unterschied gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebiets, dem eine Person angehört, gleichgültig ob dieses unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder sonst in seiner Souveränität eingeschränkt ist.“ Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Resolution 217 A (III) 10.12.1948 [www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf](http://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf)

© Thomas Kahl: Warum wir den UN-Migrationspakt ernst nehmen sollten. Die Migrationsentwicklungen erfordern intelligentes und weises Handeln. IMGE-Publikationen FB 2: Rechtswesen 2018 [www.imge.info](http://www.imge.info) praktisch unbegrenzten Ermessensspielraum beanspruchen, gelingt es diesen allzu leicht, willkürlich-despotisch vorzugehen. Angesichts dessen gibt es hier weder eine konsequente Gewaltenteilung noch eine politisch unabhängige Gesetzgebung und Justiz. Folglich sind unverzichtbare Voraussetzungen demokratischen Vorgehens nicht gegeben.<sup>11</sup>

Demgegenüber beruht das Rechtskonzept der Vereinten Nationen auf politikneutralen, überparteiischen Gesetzmäßigkeiten, die dem Leben und der Natur weltweit zugrunde liegen und auf die Gewährleistung des Allgemeinwohls ausgerichtet sind, dem sogenannten *rule of law*. Mit diesem Rechtskonzept sind die Menschen in Zentraleuropa – anders als in Großbritannien und Skandinavien – in der Regel nicht gründlich vertraut gemacht worden. Denn das zentraleuropäische juristische, politische und wirtschaftliche Vorgehen ist seit Jahrtausenden vor allem von autoritativ-diktatorischen Rechts- und Herrschaftsprinzipien geprägt, die im antiken Rom und später von römisch-katholischen Päpsten vertreten worden waren. Daraus hatte sich das absolutistische Staatskonzept von Niccolò Machiavelli (1469-1527) und Thomas Hobbes (1588-1679) ergeben. Als *Befürworter* dieses Konzeptes äußerte sich Wolfgang Schäuble (CDU) 2007 als Innenminister.<sup>12</sup> Darauf reagierte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) als damalige deutsche Justizministerin mit einer klärenden Stellungnahme.<sup>13</sup>

Dass sich die absolutistische staatliche Organisationsstruktur lebens-, natur- und entwicklungsfeindlich auswirken kann, zeigt die Formulierung „Fiat justitia pereat mundum.“ (Wird dieses Recht befolgt, so geht die Welt zugrunde.) Dessen Organisationsstruktur hatte nicht nur zum Untergang des einstigen römischen Weltreiches beigetragen. Sie entspricht dem sogenannten „Herr im Hause“-Prinzip: Der Hausherr bzw. der Hausbesitzer oder ein anderes „Familienoberhaupt“ kann weitgehend gemäß eigenen persönlichen Wertvorstellungen sowie eigenem Ermessen, gegebenenfalls auch nach Lust und Laune bestimmen, was in seinem Territorium ge- und verboten ist, welche Strafen verhängt werden usw. Wozu das führen kann, hatte Adolf Hitler eindrucksvoll demonstriert. Um derartigen Ausrichtungen wirkungsvoll vorzubeugen, war 1945 die Gründung der Organisationen der Vereinten Nationen erfolgt sowie 1949 die Verabschiedung des deutschen Grundgesetzes.

---

<sup>11</sup> Thomas Kahl: Erdogan, die Demokratie und das Allgemeinwohl. Beiträge zum Verständnis von Bezeichnungen.

[www.imge.info/extdownloads/ErdoganDemokratieAllgemeinwohl.pdf](http://www.imge.info/extdownloads/ErdoganDemokratieAllgemeinwohl.pdf)  
<sup>12</sup> Wolfgang Schäuble: Von der Schutzpflicht des Staates, in: „Der Tagespiegel“, 5.1.2007.

[www.tagesspiegel.de/meinung/von-der-schutzpflicht-des-staates/794842.html](http://www.tagesspiegel.de/meinung/von-der-schutzpflicht-des-staates/794842.html)

<sup>13</sup> Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: Auf dem Weg in den autoritären Staat. Blätter für deutsche und internationale Politik 2008 [www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2008/januar/auf-dem-weg-in-den-autoritaeren-staat](http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2008/januar/auf-dem-weg-in-den-autoritaeren-staat)